



Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Stand der Umsetzung der Kommunalisierung der Fördermittel aus dem Sozialvertrag II ab 2012

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, in der 18. Tagung mündlich über den aktuellen Stand der Vorbereitung und Umsetzung der ab dem 01.01.2012 vorgesehenen Kommunalisierung der Fördermittel des Landes aus dem Sozialvertrag II und insbesondere den Verhandlungsstand der vorgesehenen Rahmenvereinbarung zwischen dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie der AG der Kommunalen Landesverbände zu berichten.

Die Landesregierung wird gebeten, in diesem Zusammenhang auch darüber zu berichten, wie sie nach der vollzogenen Kommunalisierung ihre Steuerungsverantwortung für eine flächendeckende und gut erreichbare Suchtkrankenhilfe wahrnehmen und die Gleichheit der Lebensbedingungen im Land sicherstellen will.

Begründung:

Die im Sozialvertrag II zusammengefassten Fördergelder des Landes sollen ab dem Jahr 2012 nicht mehr den Wohlfahrtsverbänden, sondern den Kommunen direkt übertragen werden. Die Landesregierung begründet diesen Schritt damit, dass es sich bei den hier geförderten Maßnahmen der ambulanten Suchtkrankenhilfe und der Offenen Hilfen im Bereich der dezentralen Psychiatrie um originäre Aufgaben der Kommunen handele.

Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe bemängeln demgegenüber einen ohnehin seit Jahren voranschreitenden Rückzug des Landes aus seiner Aufsichts- und Strukturverantwortung, der mit der beschlossenen Kommunalisierung weitergetrieben werde.

Auch unabhängig von der Frage, ob die beschlossene Kommunalisierung der Fördermittel aus dem Sozialvertrag II sinnvoll ist und die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann, ist der Anspruch berechtigt, über die Gewährleistung einer auskömmlichen Finanzierung hinaus die Verantwortung der Landesregierung für eine qualitativ hochwertige und bedarfsdeckende Versorgung mit Leistungen der ambulanten Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention sowie mit Hilfen im Bereich der dezentralen Psychiatrie sicherzustellen und weiter zu entwickeln.

Antje Jansen
und Fraktion